

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (Erziehungsdirektorenkonferenz)  
 Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (Gesundheitsdirektorenkonferenz)<sup>1)</sup>

## **Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen**

vom 18. Februar 1993

---

### **Art. 1**

<sup>1 2)</sup>Die Vereinbarung regelt die Anerkennung kantonaler Ausbildungsabschlüsse, die Führung einer Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsbe- Zweck  
 rechtigung sowie eines Registers über Gesundheitsfachpersonen.

<sup>2 3)</sup>Sie regelt in Anwendung nationalen und internationalen Rechts die An-  
 erkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse.

<sup>3</sup>Sie fördert den freien Zugang zu weiterführenden Schulen und zur Be-  
 rufsausübung. Sie hilft mit, die Qualität der Ausbildungen für die gesamte  
 Schweiz sicherzustellen.

<sup>4 4)</sup>Sie bildet die Grundlage für Vereinbarungen zwischen Bund und Kan-  
 tonen gemäss Artikel 16 Absatz 2 des Fachhochschulgesetzes des Bundes.

### **Art. 2**

Die Vereinbarung gilt für alle Ausbildungen und Berufe, deren Regelung Geltungsbereich  
 in die Zuständigkeit der Kantone fällt.

### **Art. 3**

<sup>1</sup> In den Bereichen, in denen sowohl der Bund wie die Kantone zuständig Zusammenarbeit  
 sind, sind gemeinsame Lösungen anzustreben. mit dem Bund<sup>5)</sup>

<sup>2</sup> Die Zusammenarbeit mit dem Bund erfolgt insbesondere in den Berei-  
 chen

- a. Anerkennung der Maturität (allgemeine Hochschulreife),
- b. Anerkennung der Fachmaturität im Besonderen und der Fachhoch-  
 schulreife im Allgemeinen,

---

<sup>1)</sup> Änderung vom 16. Juni 2005

<sup>2)</sup> Änderung vom 16. Juni 2005

<sup>3)</sup> Änderung vom 16. Juni 2005

<sup>4)</sup> Änderung vom 16. Juni 2005

<sup>5)</sup> Änderung vom 16. Juni 2005

- c. Anerkennung der Lehrdiplome für Berufsfachschulen,
- d. Festlegung der Grundsätze für das Angebot an Diplomstudiengängen im Fachhochschulbereich und
- e. Mitsprache und Mitwirkung der Kantone in internationalen Angelegenheiten.

<sup>3</sup> Die Zuständigkeit für den Abschluss von Vereinbarungen gemäss Artikel 1 Absatz 4 liegt bei der Plenarversammlung der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK). Im Bereich der Gesundheitsberufe ist die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) in die Verhandlungen zum Abschluss einer Vereinbarung einzubeziehen.

#### **Art. 4**

Anerkennungs-  
behörde

<sup>1</sup> <sup>1)</sup> Anerkennungsbehörde ist die EDK. Die GDK anerkennt Ausbildungsabschlüsse in ihrem Zuständigkeitsbereich, sofern nicht der Bund zuständig ist.

<sup>2</sup> Jeder Kanton, der der Vereinbarung beitrifft, hat eine Stimme. Die übrigen Kantone haben beratende Stimme.

#### **Art. 5**

Vollzug der  
Vereinbarung

<sup>1</sup> Die Erziehungsdirektorenkonferenz vollzieht die Vereinbarung.

<sup>2</sup> <sup>2)</sup> Sie arbeitet dabei zusammen mit dem Bund und mit der Schweizerischen Universitätskonferenz in allen Fragen der universitären Ausbildungsabschlüsse.

<sup>3</sup> <sup>3)</sup> Die Gesundheitsdirektorenkonferenz vollzieht die Vereinbarung in ihrem Zuständigkeitsbereich. Sie kann den Vollzug an Dritte übertragen; in jedem Fall obliegt ihr die Oberaufsicht.

#### **Art. 6**

Anerkennungs-  
reglemente

<sup>1</sup> Anerkennungsreglemente legen für einzelne Ausbildungsabschlüsse oder für Gruppen verwandter Ausbildungsabschlüsse insbesondere fest:

- a. die Voraussetzungen der Anerkennung (Artikel 7),
- b. das Anerkennungsverfahren und
- c. die Voraussetzungen für die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse.

<sup>2</sup> Die Anerkennungsbehörde erlässt nach Anhören der unmittelbar beteiligten Berufsorganisationen und Berufsverbände das Anerkennungsreglement. Im Fall einer Delegation des Vollzugs gemäss Artikel 5 Absatz 3 obliegt ihr die Genehmigung des Anerkennungsreglements.

---

<sup>1)</sup> Änderung vom 16. Juni 2005

<sup>2)</sup> Änderung vom 16. Juni 2005

<sup>3)</sup> Änderung vom 16. Juni 2005

<sup>3</sup>Das Anerkennungsreglement, bzw. dessen Genehmigung, bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder der zuständigen Anerkennungsbehörde.

#### **Art. 7**

<sup>1</sup>Die Anerkennungsvoraussetzungen nennen die minimalen Anforderungen, denen ein Ausbildungsabschluss genügen muss. Schweizerische Ausbildungs- und Berufsstandards sowie allenfalls internationale Anforderungen sind dabei in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Anerkennungsvoraussetzungen

<sup>2</sup>Die folgenden Anforderungen sind zwingend festzuhalten:

- a. die mit dem Abschluss ausgewiesene Qualifikation und
- b. das Prüfungsverfahren für diese Qualifikation.

<sup>3</sup>Weitere Anforderungen können festgehalten werden, wie:

- a. die Dauer der Ausbildung,
- b. die Zulassungsvoraussetzungen zur Ausbildung,
- c. die Lehrgegenstände und
- d. die Qualifikation des Lehrpersonals.

#### **Art. 8**

<sup>1</sup>Die Anerkennung weist aus, dass der Ausbildungsabschluss den in dieser Vereinbarung und im betreffenden Anerkennungsreglement festgelegten Voraussetzungen entspricht.

Wirkungen der Anerkennung

<sup>2</sup>Die Vereinbarungskantone gewähren den Inhabern und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses den gleichen Zugang zu kantonal reglementierten Berufen wie den entsprechend diplomierten Angehörigen des eigenen Kantons.

<sup>3</sup>Die Vereinbarungskantone lassen Inhaber und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses unter den gleichen Voraussetzungen zu weiterführenden Schulen zu wie entsprechend diplomierte Angehörige des eigenen Kantons. Vorbehalten bleiben die Aufnahmekapazität der Schulen und angemessene finanzielle Abgeltungen.

<sup>4</sup>Inhaber und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses sind berechtigt, einen entsprechenden geschützten Titel zu tragen, sofern das Anerkennungsreglement dies ausdrücklich vorsieht.

#### **Art. 9**

<sup>1</sup>Die Erziehungsdirektorenkonferenz führt eine Dokumentation über die anerkannten Ausbildungsabschlüsse.

Dokumentation, Publikation

<sup>2</sup>Die Vereinbarungskantone verpflichten sich, die Anerkennungsreglemente in den amtlichen Publikationsorganen zu veröffentlichen.<sup>1)</sup>

### Art. 10

Rechtsschutz<sup>2)</sup>

<sup>1</sup>Über die Anfechtung von Reglementen und Entscheiden der Anerkennungsbehörden durch einen Kanton und über andere Streitigkeiten zwischen den Kantonen entscheidet auf staatsrechtliche Klagen hin das Bundesgericht gemäss Artikel 83 litera b des Bundesgesetzes über die Bundesrechtspflege vom 16. Dezember 1943.

<sup>1)</sup> Reglemente: für die Anerkennung der Diplome in bildender Kunst, AGS 1996, 3694; über die Anerkennung der Diplome für höhere Ausbildung in Musik, AGS 1997, 3963; über die Anerkennung der Diplome für Erwachsenenbildner und Erwachsenenbildnerin, AGS 1998, 4150; über die Anerkennung der Lehrdiplome in Schulischer Heilpädagogik, AGS 1998, 4467 und KA 2007, 2738; über die Anerkennung der Lehrdiplome für Maturitätsschulen, AGS 1998, 4473 und KA 2007, 2734; über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen, AGS 2000, 4912; für die Anerkennung der Diplome der höheren Fachschulen für Soziale Arbeit, AGS 2000, 4921; über die Anerkennung kantonaler Fachhochschuldiplome, AGS 2000, 4927; über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe und der Primarstufe, AGS 2000, 4932 und KA 2007, 2742; über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Sekundarstufe I, AGS 2000, 4938 und KA 2007, 2745; des SRK über die Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen, KA 2001, 416; des SRK über die Anerkennung von kantonalen Ausbildungsabschlüssen, KA 2001, 420; der SDK über die Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen, KA 2001, 423; der SDK über die Anerkennung kantonaler Ausbildungsabschlüsse im Gesundheitswesen in der Schweiz, KA 2001, 426; der SDK über die Anerkennung kantonaler Fachhochschuldiplome im Gesundheitswesen, KA 2002, 2068; Statut der SDK für die einheitliche Prüfung der Chiropraktoren und Chiropraktorinnen in der Schweiz, KA 2004, 1897; Reglement über die Interkantonale Chiropraktorenprüfung KA 2004, 1901; über die Anerkennung der Abschlüsse von Zusatzausbildungen für den Lehrberuf KA 2007, 2833; über die Anerkennung der Hochschuldiplome in Logopädie und der Hochschuldiplome in Psychomotoriktherapie KA 2007, 2826; über die Anerkennung von Berufsmaturitätsausweisen für die Zulassung zu den universitären Hochschulen (Passarellenreglement); über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen KA 2007, 2639; über die Anerkennung der Diplome im Bereich der Sonderpädagogik (Vertiefungsrichtung Heilpädagogische Früherziehung und Vertiefungsrichtung Schulische Heilpädagogik) KA 2011, 02; über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe und der Primarstufe KA 2011, 11; über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Sekundarstufe I KA 2011, 20; Interkantonale Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung (Berufsfachschulvereinbarung, BFSV) KA 2011, 28; der GDK über die Anerkennung und Nachprüfung von ausländischen Berufsqualifikationen in Osteopathie, KA 2012, 4089; über die Änderung der Gebührenverordnung der GDK, KA 2013, 911

<sup>2)</sup> Änderung vom 16. Juni 2005

<sup>2</sup> Gegen Entscheide der Anerkennungsbehörden kann von betroffenen Privaten binnen 30 Tagen seit Eröffnung bei einer vom Vorstand der jeweiligen Konferenz eingesetzten Rekurskommission schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden. Die allgemeinen Verfahrensgrundsätze des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren vom 20. Dezember 1968 finden sinngemäss Anwendung. Entscheide der Rekurskommissionen können gemäss Artikel 84 Absatz 1 literae a und b des Bundesgesetzes über die Bundesrechtspflege vom 16. Dezember 1943 beim Bundesgericht mit staatsrechtlicher Beschwerde angefochten werden.

<sup>3</sup> Der Vorstand der jeweiligen Konferenz regelt die Zusammensetzung und die Organisation der Rekurskommission in einem Reglement.

#### **Art. 11**

Wer einen im Sinne von Artikel 8 Absatz 4 geschützten Titel führt, ohne über einen anerkannten Ausbildungsabschluss zu verfügen, oder wer einen Titel verwendet, der den Eindruck erweckt, er habe einen anerkannten Ausbildungsabschluss erworben, wird mit Haft oder Busse bestraft.<sup>1)</sup> Fahrlässigkeit ist strafbar. Die Strafverfolgung obliegt den Kantonen. Strafbestimmung

#### **Art. 12**

<sup>1</sup> Die Kosten, die sich aus dieser Vereinbarung ergeben, werden unter Vorbehalt von Absatz 2 und 3 von den Vereinbarungskantonen nach Massgabe der Einwohnerzahl getragen. Kosten<sup>2)</sup>

<sup>2</sup> Für Entscheide und Beschwerdeentscheide betreffend die nachträgliche gesamtschweizerische Anerkennung eines kantonalen Diploms oder die Anerkennung ausländischer Berufsdiplome können Entscheidgebühren in der Höhe von mindestens Fr. 100.– bis höchstens Fr. 2 000.– erhoben werden. Die Entscheidgebühr bemisst sich nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand für die Bearbeitung des Anerkennungsgesuchs.

<sup>3</sup> Der Vorstand der jeweiligen Konferenz legt die einzelnen Entscheidgebühren in einem Gebührenreglement fest.

#### **Art. 12<sup>bis</sup>**

<sup>1</sup> Die EDK führt eine Liste über Lehrpersonen, denen im Rahmen eines kantonalen Entscheides die Unterrichtsberechtigung oder die Berufsausübungsbewilligung entzogen wurde. Die Kantone sind verpflichtet, die Personendaten gemäss Absatz 2 dem Generalsekretariat der EDK nach Rechtskraft des entsprechenden Entscheides mitzuteilen. Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung<sup>3)</sup>

---

<sup>1)</sup> Zulässige Strafe richtet sich nach Art. 4 Abs. 1 StPO (nur noch Busse)

<sup>2)</sup> Änderung vom 16. Juni 2005

<sup>3)</sup> Änderung vom 16. Juni 2005

<sup>2</sup>Die Liste enthält den Namen der Lehrperson, das Datum des Diploms oder der Berufsausübungsbewilligung, das Datum der Entzugsverfügung, die Entzugsbehörde und die Dauer des Entzugs, gegebenenfalls das Datum des Entzugs des Lehrdiploms. Kantonale und kommunale Behörden im Bildungsbereich erhalten auf schriftliche Anfrage hin Auskunft über eine allfällige Eintragung, wenn sie ein berechtigtes Interesse nachweisen und sich die Anfrage auf eine bestimmte Person bezieht.

<sup>3</sup>Den betroffenen Lehrpersonen wird vom Eintrag und von der Löschung des Eintrags Kenntnis gegeben. Das Einsichtsrecht der betroffenen Lehrperson ist jederzeit gewährleistet.

<sup>4</sup>Nach Ablauf der Entzugsdauer, bei Wiedererteilung der Unterrichtsbezeichnung oder nach Vollendung des 70. Altersjahrs wird der Eintrag gelöscht.

<sup>5</sup>Betroffene Lehrpersonen können sich gegen den Listeneintrag innert 30 Tagen seit Zustellung des Eintragungsbescheides bei der Rekurskommission gemäss Artikel 10 Absatz 2 schriftlich und begründet beschweren.

<sup>6</sup>Im Übrigen finden die Grundsätze des Datenschutzrechtes des Kantons Bern sinngemäss Anwendung.

#### **Art. 12<sup>ter</sup>**

Register über  
Gesundheits-  
fachpersonen <sup>1)</sup>

<sup>1</sup>Die GDK führt ein Register über die Inhaberinnen und Inhaber von in- und ausländischen Ausbildungsabschlüssen in den im Anhang zu dieser Vereinbarung aufgeführten Gesundheitsberufen. Sie kann diese Aufgabe an Dritte delegieren.

<sup>2</sup>Das Zentralsekretariat der GDK passt den Anhang jeweils dem neuesten Stand an.

<sup>3</sup>Das Register dient dem Schutz und der Information von Patientinnen und Patienten, der Information von in- und ausländischen Stellen, der Qualitätssicherung sowie zu statistischen Zwecken.

<sup>4</sup>Das Register enthält die Personendaten (Name, Mädchenname, Geburtsdatum und Geburtsort, Nationalität) der Diplominhaberinnen und -inhaber. Es enthält ausserdem die Diplomart, das Datum und den Ort der Diplomausstellung sowie Angaben zu allfälligen von den zuständigen Behörden erteilten Berufsausübungsbewilligungen einschliesslich deren Erlöschens. Entzug, Verweigerung und Änderungen der Bewilligungen sowie andere rechtskräftige aufsichtsrechtliche Massnahmen werden unter Nennung der verfügenden Behörde und Angabe des Verfügungsdatums im Register eingetragen.

<sup>5</sup>Die für die Diplomerteilung zuständigen und die in den Kantonen mit der Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens betrauten Stellen sorgen für die unverzügliche Übermittlung der Daten.

---

<sup>1)</sup> Änderung vom 16. Juni 2005

<sup>6</sup> Bei Nachweis eines berechtigten Interesses werden auf schriftliche Anfrage Auskünfte über konkrete Einträge gemäss Absatz 4 Satz 1 und 2, insbesondere an kantonale und ausländische Behörden, Krankenversicherer und Arbeitgeber erteilt. Auskünfte über Einträge betreffend aufsichtliche Massnahmen werden nur den für die Erteilung von Berufsausübungsbewilligungen zuständigen Behörden erteilt.

<sup>7</sup> Für die Erteilung von Auskünften an Private und ausserkantonale Stellen wird eine Kanzleigebühr erhoben.

<sup>8</sup> Alle Eintragungen zu einer Person werden mit Vollendung des 70. Lebensjahres oder wenn eine Behörde deren Ableben meldet aus dem Register entfernt. Verwarnungen, Verweise und Bussen werden fünf Jahre nach deren Anordnung, der Eintrag von Einschränkungen der Berufsausübung fünf Jahre nach deren Aufhebung im Register mit dem Vermerk "gelöscht" versehen. Beim Eintrag eines befristeten Berufsausübungsverbotes wird zehn Jahre nach dessen Aufhebung der Vermerk "gelöscht" angebracht.

<sup>9</sup> Das Einsichtsrecht der betroffenen Gesundheitsfachpersonen ist jederzeit gewährleistet.

<sup>10</sup> Im Übrigen finden die Grundsätze des Datenschutzrechtes des Kantons Bern sinngemäss Anwendung.

### **Art. 13**

<sup>1</sup> Der Beitritt zu dieser Vereinbarung wird dem Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gegenüber erklärt. Dieser teilt die Beitrittserklärung dem Bundesrat mit.

Beitritt/Kündigung

<sup>2</sup> Die Vereinbarung kann je auf Ende eines Kalenderjahres, unter Beachtung einer Frist von drei Jahren, gekündigt werden.

### **Art. 14**

<sup>1</sup> Der Vorstand der Erziehungsdirektorenkonferenz setzt die Vereinbarung in Kraft, wenn ihr mindestens 17 Kantone beigetreten sind <sup>1)</sup> und wenn sie vom Bund genehmigt <sup>2)</sup> worden ist.

In-Kraft-Treten

<sup>2</sup> <sup>1)</sup> Von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren im Einvernehmen mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren beschlossen.

<sup>3</sup> Die Änderungen vom 16. Juni 2005 wurden von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren im Einvernehmen mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren beschlossen.

---

<sup>1)</sup> Von der EDK am 27. Oktober 1994 auf den 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt

<sup>2)</sup> Vom EDI am 24. November 1994 genehmigt

<sup>4</sup> Der Vorstand der Erziehungsdirektorenkonferenz setzt die Änderung der Vereinbarung in Kraft, wenn ihr sämtliche Vereinbarungskantone beigetreten sind. Sie ist dem Bund zur Kenntnis zu geben. <sup>1)</sup>

Bern, 18. Februar 1993

Der Präsident	Der Generalsekretär
Peter Schmid	Moritz Arnet

Bern, 16. Juni 2005

Der Präsident	Der Generalsekretär
Hans Ulrich Stöckling	Hans Ambühl

**Anhang** gemäss Art. 12<sup>ter</sup> Abs. 1

Chiropraktorerinnen und Chiropraktoren  
 Osteopathinnen und Osteopathen  
 Pflegefachfrauen und -fachmänner  
 Krankenschwestern und -pfleger in allgemeiner Krankenpflege  
 Krankenschwestern und -pfleger in psychiatrischer Krankenpflege  
 Krankenschwestern und -pfleger in Kinderkrankenpflege,  
 Wochen- und Säuglingspflege  
 Krankenschwestern und -pfleger in integrierter Krankenpflege  
 Pflegefachfrauen und -fachmänner DNI  
 Krankenpflegerinnen und -pfleger FA SRK  
 Gesundheitsschwestern und -pfleger  
 Technische Operationsfachfrauen und -fachmänner  
 Rettungsanästhetikerinnen und Rettungsanästhetiker  
 Hebammen  
 Medizinische Laborantinnen und Laboranten  
 Podologinnen und Podologen  
 Medizinische Masseurinnen und Masseur  
 Fachleute in medizinisch-technischer Radiologie  
 Orthoptistinnen und Orthoptisten  
 Ernährungsberaterinnen und -berater  
 Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten  
 Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten  
 Dentalhygienikerinnen und Dentalhygieniker  
 Fachangestellte Gesundheit

---

<sup>1)</sup> Die Änderungen vom 16. Juni 2005 sind durch den Vorstand auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt worden